

# Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Sichel“.  
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Weikstein, Bistupitz.

**Anzeigenpreis:** Die gespaltene Millimeterzeile ab deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Bekanntmachungen 4 Goldpfennig. — Kleinanzeigen: Die Millimeterzeile (gespalten) ober deren Raum im Text 30 Goldpfennig.

Freitag, 20. Juni 1924

**Bezugspreis:** Bei wöchentlich 5 maligen Entnahmen monatlich 3.— bei wöchentlich 6 maligen Entnahmen monatlich 3.50. Einzelhefte 10 Pf. Einzelhefte durch Straenbbl. u. Post 10 Pf. — Postbezugspreis: 12.00. — Postbezugspreis: 12.00. — Postbezugspreis: 12.00.

## Ein Gruß der Roten Armee

### an die Gefangenen in den Kasematten der Bourgeoisie!

Wir, Rotarmisten, Kommandierender und politischer Stab des 38. Stawropoler Kavallerie-Regiments der 7. Division haben uns, um den Gefangenen der Weltrevolution Beistand zu erweisen, versammelt. Wir müssen sehen, daß die Kapitalisten die besten Söhne der Revolution in die Kerker geworfen haben, wo sie alle möglichen Entbehrungen und Mißhandlungen zu erleiden haben. Den Gefangenen des Kapitals senden wir unsere wärmsten Grüße. Ihr seid unseren Herzen, unseren Gedanken und unseren Ideen nahe. Wit, Ihr Kämpfer, daß wir an Eurem Schicksal tiefsten Anteil nehmen und uns über Eure revolutionäre Standhaftigkeit und Eueren Mut freuen.

Der Augenblick ist nicht mehr fern, wo die Tore des Kerkers aufspringen werden und Ihr, Gefangene des Kapitals, hinauskrechen werdet zum Entseidungskampf gegen das Kapital. Wir, Rotarmisten, Kommandierender und politischer Stab werden der internationalen Bourgeoisie nicht gestatten, Euch

gefangene Kommunisten, ebenso zu behandeln, wie sie es mit den Kämpfern der Pariser Kommune tat. Mit der Waffe in der Hand werden wir in der höchsten Not an Eurer Seite kämpfen.

Um Euch aber heute schon in Eurer schweren Lage zu helfen, senden wir Euch eine bescheidene Unterkunftung, indem wir Rotarmisten Euch unsere eintägige Ration schenken und der kommandierende und politische Stab eine dreitägige.

Für Euch wollen wir hungern, damit Ihr lebt!

Mit gemeinsamen Kräften und solidarisch mit Euch wird die Sache der proletarischen Revolution siegreich erfüllt werden.

**38. Stawropoler Kavallerie-Regiment.**  
Rotarmisten und Kommandeure.

## Amsterdams Kampf gegen den Krieg.

Von Aug. Sanderle (Wien).

Eines der glänzendsten Paradenstcke auf dem Kongreß der Amsterdamer in Wien war der „Kampf gegen den Krieg und Militarismus“. Hier trat die alte Methode der Amsterdamer — große Phrasen nach außen „für das Volk“, erwarmliche Feigheit und schon im voraus geplanter Verrat im Hintergrund — in ihrer ganzen Glorie in Erscheinung. Bei keiner der vielen in Wien zur Debatte stehenden Fragen konnten sich die Amsterdamer so in die Selbenvase des „großen Kampfes“ werfen, wie bei dieser. Hatten sie bei den Fragen des Achtstundentages, der Sozialpolitik, der Berufsinternationalen, der Stellung zu den russischen Gewerkschaften usw. auch noch so viel Demagogie, Heuchelei und Tuschungskunste gegenüber den draußen stehenden Massen aufgewandt, so stehen diese Dinge heute doch so unmittelbar zur Entscheidung, und die Masse verlangt jetzt, heute und morgen klare Antwort, daß auch die geschickteste Regie der Verrat und die konterrevolutionäre Gesinnung der Amsterdamer nicht verbergen konnte.

Doch beim Krieg ist's anders. Zwar sieht jedes Kind, daß der Imperialismus mit raiender Geschwindigkeit einem neuen viel größeren Voltermorden, als das hinter uns liegende, zusteuert. Aber wie 1914, so wird die breite Masse erst beim Krachen der ersten Salven die ganze Gefahr erkennen. Und bis dahin können die Amsterdamer sich als die wahren Kämpfer gegen Krieg und Militarismus aufspielen. Nie wieder imperialistischer Krieg! Welcher Proletarier sollte in diesem Ruf nicht begeistert einstimmen? So spekulieren die Amsterdamer, hier können wir Massen auf die Beine bringen, und es ist ein ausgezeichnetes Mittel, die Proleten von den rebellischen Gedanken, daß sie sie in den sie drückenden Fragen, Achtstundentag, Sklavenslohne usw., hundertmal verraten haben, abbringen.

Den größten Phrasen, den die Amsterdamer im Stalle haben, den Herrn Jouhaux aus Frankreich, hat man auch auf dem Wiener Kongreß als grimmigen Drachentoter der stauenden Menge vorgeführt. Und Jouhaux, der sich 1914 plötzlich vom radikalen Sozialisten zum glubigsten Patrioten verwandelte, der die rechte Hand des sozialistischen Munitionministers Albert Thomas und Freund aller Munitionsfabrikanten war, der die französischen, englischen und amerikanischen Proletarier nicht nur zu immer größerer Hearbeit für den Kriegsmoloch anspornete, sondern der auch überall dabei war, wenn es galt, kriegsfrderliche Rebellion und Meutereien der Soldaten niederzudrücken, derselbe Jouhaux hatte, wie auf dem letzten Kongreß in Rom, auch in Wien das Referat über den Kampf gegen Krieg und Militarismus. Er legte dem Kongreß als schriftliches Referat eine dicke Broschüre vor, worin neben einer historischen Abhandlung über die Philosophie der Kriege in allen Tonarten die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Krieg gepredigt wird. Eine neue Resolution könnte Jouhaux nicht vor, er ist der Auffassung, daß die alte, in Rom angenommene, auch noch weiter ihre Dienste tun kann, spricht sie doch von den scharftesten Kampfmaßnahmen, die dem Proletariat zur Verfügung stehen, vom internationalen Generalstreik im Falle einer akuten Kriegsgefahr usw. Mehr kann man doch wirklich nicht von Amsterdam verlangen.

Was diese grospendische Resolution von Rom für einen praktischen Wert hat, das zeigt der Ausbruch des Ruhrkonfliktes im Januar 1923. Jouhaux sucht das vollkommene Versagen der Amsterdamer in dieser Krise mit den kühnsten Behauptungen zu verteidigen. Er führt alle die schönen Beschlüsse, die sie damals gefaßt hätten, auf, und sagt dann, offenbar in dem eigenen Gefühl, daß dies sehr wenig ist in bezug auf ihre Taten:

„Was vermochten wir . . . für Leistungen zu erzwingen. Generalstreik etwa? Er fehlt eine mächtige Arbeiterorganisation und Unterstützung und Wohlwollen (!) der öffentlichen Meinung voraus. Wir hatten die Pflicht zu protestieren, und wir haben das getan mit dem ganzen Aufgebt unserer Kräfte.“

Kann die Amsterdamer Feigheit noch klarer zum Ausdruck kommen, als hier in den eigenen, in dem schriftlichen Referat von Jouhaux niedergelegten Worten? Wohl kaum. Und trotzdem bringen es diese traurigen Helden fertig, ihre Resolution mit dem Generalstreik aufs neue des Welt zu präsentieren. Und Jouhaux hielt sich verpflichtet, auf der Wiener Tagung eine mit nicht zu bertreffendem Pathos vorgetragene Rede gegen den Krieg vom Stapel zu lassen. Nicht nur Resolutionen dürfen wir beschließen, wir müssen pazifistische Taten vollbringen. So donnerte es in den Saal, und begeistert kaskadierte das Auditorium, unter dem sich auch Herr Albert Thomas befand, Beifall.

Soweit hätte alles ganz schön geklappt, wenn nicht ein ehrlicher Engländer aufs Podium gestiegen wäre und in aller Harmlosigkeit das ausgesprochen hätte, was alle diese begeisterungslustigen Amsterdamer Selben im Stillen dachten, und was sie, wenn es darauf ankommt, tun werden. Dieser englische Gewerkschaftsführer, Ben Tillet ist sein Name, sagte nämlich:

„Wir müssen viel energischer als bisher gegen den Krieg kämpfen. Bisher waren die Kommunisten die einzigen konsequenzen Kriegsgegner, wir dürfen ihnen diese Monopolstellung nicht länger lassen. Wir müssen dem Krieg beizuhelfen vorbeugen, denn, wenn ein Krieg ausbricht, steht jeder von uns zu seinem Vaterland.“

## Der V. Weltkongreß eröffnet!

Moskau, 17. Juni.

Der 5. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wurde unter ungeheurer Beteiligung der Moskauer Arbeiterschaft eröffnet.

ber dem Prasidentensitz befindet sich ein Leninbild, das schwarz anmalt ist. Die Eröffnung des Weltkongresses steht im Zeichen des Zusammenschlusses der Moskauer Arbeitermassen mit den Vertretern des internationalen Proletariats. Verteilte Arbeiterorganisationen, Bauern aus der Provinz erscheinen, um die Kongresteilnehmer zu begrüßen. Die Delegierten bringen dem Kongreß symbolische Geschenke zum Gedächtnis an Lenin dar. Besonders stamisch begrüßen die Jungkommunisten (Kindergruppen) die Delegierten.

Nach der Begrüßungsansprache des Genossen Kolarow wird Sinowjew zum Vorsitzenden gewählt. Zu weiteren Mitgliedern des Präsidiums werden Stalin, Bucharin, Troki für Rußland, Braun und Gebhardt für Deutschland, Treint Sellier für Frankreich, Borziga für Italien, Smeral und Ruma für die Tschechoslowakei, Kolarow für den Balkan, Krjewski für Polen, Katsajama für Japan, Kon für Indien, Dorlan für Amerika und Klara Zetkin bestimmt.

Nach stürmischer Begrüßung erklärt Sinowjew, die Kommunistische Internationale sei stolz darauf, im Sinne von Marx und Lenin zu kämpfen. Der 5. Weltkongreß wird den Beweis bringen, daß Lenins Geist in seinem Werke weiterlebt.

Der Redner gedenkt der Opfer des proletarischen Kampfes, der polnischen Arbeiter, die in Kafau verurteilt werden, der aufstandigen bulgarischen Bauern, der tausende deutscher Arbeiter, die mit Hilfe der Sozialdemokratie niedergemetzelt werden, der indischen und ägyptischen Revolutionäre, welche mit Macdonalds Hilfe in die Gefängnisse geworfen worden sind. Sinowjew grüßt dann die deutsche und französische kommunistische Jugend, die gemeinsam im Ruhrgebiet revolutionäre Arbeit leisten. Er begrüßt den polnischen Jugendverband und die gesamte kommunistische Jugendinternationale, welche unendliche Opfer für die Arbeiterklasse brachten.

Sinowjew fhrt fort: Der 5. Weltkongreß feiert zwar noch nicht den Sieg der Weltrevolution, aber schon stützten Throne zu duenden; ein Schicksal der Bolschewiki hat sich unter Sowjetbeherrschaft, die Kommunistischen Parteien sind überall straff organisiert. Der Einfluss der Sozialdemokratie geht zurück. Die Prüfungen der Illegalität und des weißen Terrors wurden überall gut bestanden. Trotz schwerer Opfer geht die Sache der Kommunistischen Internationale weiter vorwärts.

Der 5. Weltkongreß fällt mit dem 6. Jahresende des Ausbruches des Weltkrieges zusammen. Die Kommunistischen Parteien der ganzen Welt veranstalten vom 27. Juli bis zum 4. August Demonstrationen gegen Voltermord und gegen die verräterische Sozialdemokratie. Wir wollen die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern, aber wir werden alle Sünden der verräterischen Führer der Sozialdemokratischen Parteien aufzählen. Nicht mit, sondern gegen die 2. Internationale werden wir demonstrieren. Der Wiener Kongreß der Amsterdamer nahm Resolutionen gegen den Krieg an, obwohl reformistische Führer den Krieg unterstützten und Millionen von Arbeitern auf die Schlachtbnne trieben.

Der Kongreß wird die schweren Fragen ohne Lenin im Sinne des Leninismus in erster gemeinsamer Arbeit lösen.

Nach Sinowjew betritt Kolarow die Rednertribüne und wird begeistert von den Kongresteilnehmern empfangen. Kolarow begrüßt den Kongreß im Namen des Rates der Volkskommissare und der Zentrale der KPD, und betont, daß seit dem 5. Kongreß große Erfolge hinsichtlich der Erderung der Nicht-

heit der Arbeiterklasse erzielt worden sind. Der Einfluss der 2. Internationale nimmt ständig ab, die Kommunistischen Parteien wurden zu Massenparteien. Die Kampfbedingungen haben sich gewaltig geändert. Zur Zeit des 4. Kongresses erlebten wir die Kapitalsoffensive; gegenwärtig sehen wir die aufsteigende Welle der Arbeiterbewegung.

Die Sowjetunion hat im Wirtschaftsaufbau und in Sachen der nationalen Befreiung große Fortschritte gemacht. Das Zentralkomitee wird einstimmig von der KPD unterstüzt. Die KPD der einzigen Sowjetunion ist mächtiger als je. Die Sowjetunion kann ruhig warten, bis die Sammlung der proletarischen Kräfte durchgeführt ist.

Im Namen der Roten Gewerkschaftsinternationale begrüßt Sinowjew den Kongreß. Er hebt hervor, daß auf dem Wiener Kongreß der Amsterdamer Internationale kein Wort über den Klassenkampf fiel. Nur die bolschewistischen Parteien führen einen revolutionären Kampf.

Siernach fand die Begrüßung seitens der Arbeiterdelegierten statt, die von Gebhardt, Treint, Stuart beantwortet wurden. Der Kongreß richtete Aufrufe an die Rote Armee und die Rote Flotte, gegen den weißen Terror, gegen die Unterdrückung der Kolonialvolker. Der Weltkongreß bestätigt den Erklarungsbeschluss über die Veranstaltung von Demonstrationen gegen den Krieg und gegen die Sozialverrater. Keinesfalls sollen die Demonstrationen gemeinsam mit den Sozialdemokraten stattfinden, überall sollen sie sich mit Heranziehung aller sympatisierenden Organisationen gegen die sozialdemokratischen Parteien richten. Hierauf wurde ein Aufruf an das Lenin-Angebot angenommen. Unter begeistertster Stimmung und mit dem Gesang der „Internationale“ wurde die Sitzung geschlossen.

## Der Schiedsspruch gegen die rheinisch-westfälischen Metallarbeiter.

Aus Essen wird gemeldet:

Nach endlosen Verhandlungen und Vertagungen ist endlich ein Schiedsspruch für die Metallindustrie, Nordwestliche Gruppe, gefaßt. Es ist ein Schlag ins Gesicht der Metallarbeiter und eine Bestätigung der Auffassung, daß schon längst der Kampf hätte aufgenommen werden müssen. Die Gewerkschaften hatten eine Lohnforderung von 25 Prozent gestellt. Der Schiedsspruch sieht während nicht 10 Prozent Lohnerhöhung durchschnitlich vor. In der Hauptsache wird jedoch die Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 und 12 Stunden gefordert; sogar für die Arbeiter in den Feuerbetrieben soll der Achtstundentag nicht mehr gelten. In der Frage der Bezahlung der Ueberstunden macht der Schiedsspruch absolut kein Zugeständnis. Die Gewerkschaftsführer, die geglaubt haben, durch endloses Ruhhandeln ein paar Pfennige mehr für die Ueberstunden herauszuholen, sehen nunmehr den Erfolg ihrer Arbeitsgemeinschaftstaktik. Doch die Metallarbeiterschaft muß diesen Schiedsspruch gefaßt abgelehnen. Der Christliche Metallarbeiterverband hat bereits zum Schiedsspruch Stellung genommen und in einer leidendehamer Erklärung festgestellt, daß die Unternehmer das Berliner Arbeitszeitabkommen sabotiert hätten, daß eine zehnstündige Arbeitszeit bei der Lebenshaltung der Arbeiter in der Metallindustrie nicht erträglich sei und daß von den Unterhändlern der Verbände mit allem Nachdruck die Durchführung der Forderungen der Suffenarbeiter gefordert werden müsse. Man sei entschlossen, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu kämpfen. Diese Erklärung sagt wenig; die freien Gewerkschaften müssen unter allen Umständen den Kampf aufnehmen, die Verbände müssen durch die Massen der Metallarbeiter gezwungen werden, den Schiedsspruch abzulehnen.

# Mordheke und Mordanschläge gegen führende Kommunisten.

Aus Berlin wird uns gemeldet:  
Die offizielle Pogromheke gegen die Kommunisten fällt bei den völkischen Mordbanditen auf fruchtbaren Boden. Die Sakentkreuzer drohen ganz offen mit der gewaltsamen Beseitigung von Führern der kommunistischen Partei.

Das Büro in der Rosenthaler Str. in Berlin wird schon seit längerer Zeit von Sakentkreuzbanditen belagert und beschützt. Am 10. Juni wurde von den Angestellten einer dieser Sakentkreuzer vom Hofe des Gebäudes vertrieben. Daraufhin lief bei der Zentrale ein Brief ein, worin angekündigt wird, daß es den „roten Schweinen noch dreißig gehen wird.“ Unterzeichnet war dieses Schreiben mit einem Sakentkreuz und als Unterschrift: „Leiter der Exekutive der Bedu, Berlin“. Die „Kote Fahne“ veröffentlicht diesen ganzen Brief in Facsimiledruck.

Auch in Mecklenburg, wo die falschiltischen Geldentaten dieser Mordbanditen an der Tagesordnung sind, wurde kürzlich ein gewisser Barg, der sich auch Burthard nannte, festgenommen. Dieser Barg, alias Burthard, anscheinend Mitglied der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, hatte die Absicht, führende Personen der SPD, Mediensburgs, so den Gen. Kenzeln u. a. zu beseitigen, d. h. zu erwidern. Er wandte sich zu diesem Zweck an den führenden völkischen Abgeordneten, dem er sein Vorhaben mitteilte und von dem er Geld zur Ausübung der Tat verlangte.

Dieser erklärte sich für persönlich nicht zuständig und verwies ihn an die Partei. Ehe dieser Barg jedoch zur Ausübung der Tat schreiten konnte, wurde er verhaftet. Bei der Verhaftung fand man bei ihm Schußwaffen und noch weitere Mordwerkzeuge, die deutlich für die Mordabsichten des Barg sprechen.

Daß es so weit gekommen ist, ist einzig und allein auf das Konto der infamen Hehe, die seit Wochen von bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse-Repulien, unterstützt von Behörden und Injanzen, betrieben wird. Die erbärmlichen Zwischlingen über kommunistische Cholera- und Typhus-Bakterien über Bombenanschläge und dergl., erzeugen eine Pogromstimmung, die den völkischen Mordbanditen willkommene Gelegenheit gibt, ihre Methoden der Beseitigung politischer Gegner anzuwenden. Die Arbeiterschaft muß erkennen, daß diese Hehe nicht allein den Kommunisten gilt, sondern der gesamten revolutionären Arbeiterschaft. Diese Pogromstimmung soll den Boden für die reißende Niedererschlagung und Verflüchtung der Arbeiterschaft vorbereiten. Mit Hilfe falschiltischen und konterrevolutionären Gemüds sollen die Führer des revolutionären Proletariats „abgelehnt“ werden, um dann um so besser die Arbeiterschaft niederzuwürgeln. Darum heraus zur Abwehr! Scharf Euch um die Partei des revolutionären Proletariats! Kämpft mit den Kommunisten!

## Hausdurchsuchung im kommunistischen Pressebüro.

Aus Berlin wird uns gemeldet:  
Am Dienstag, dem 17. Juni, mittags wurde der kommunistische Pressebüro durch einen Beamten des Sozialdemokratischen Richters besetzt. Die Beamten suchten Exemplare von drei Nummern der „Kote Fahne“ vom März, April und Mai. Die beiden ersten Nummern enthalten Artikel, die unter anderem von dem „Sohn des Offiziers“ abgedruckt sind. Die Justizbehörden haben offenbar großes Verlangen, nicht nur unser Köpenicker Familienorgan, sondern auch die Redaktion des Pressebüros wegen dieser Artikel unter Verhaftung zu stellen. Der dritte gesuchte Artikel bezieht sich auf die Mobilisierung des bayerischen Volkswagens gegen die Pegelbergarbeiter. Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ Stuttgart wegen dieses Artikels an-

geklagt worden und man sucht jetzt im Pressebüro den Verfassers festzustellen, um auch ihn vor das Gericht zu ziehen.  
Die Bemühungen der republikanischen Beamten stützten der bayerischen Monarchisten und der deutschen Konterrevolution waren in allen Fällen vergeblich. Weder war ein altes Exemplar ausfindig, noch ließen sich die Verfassers oder auch nur die verantwortlichen Herausgeber der Korrespondenz feststellen.

## Kommunisten vom Auswärtigen Ausschuss ausgeschlossen.

Aus Berlin wird uns gemeldet:  
In der Dienstag-Sitzung des auswärtigen Ausschusses wurde ein Antrag Westarp angenommen, der den Ausschluß der Kommunisten aus dem Auswärtigen Ausschuss bedeutet. Der Antrag stützt sich auf eine Erklärung kommunistischer Abgeordneter, daß die Vertraulichkeit der Verhandlung für sie nicht maßgebend sei. Der Reichstag solle deshalb eine Änderung der Geschäftsordnung in Erwägung ziehen. Der kommunistische Antrag auf Offenheit der Sitzungen wurde abgelehnt. In der darauffolgenden völkischen Aussprache wurden von den Regierungsbekannteren die verschiedenen mit dem Sachverständigenausschuss zusammenhängenden Fragen über die Organisierung der Reichsbahnen, über die Reichsbank, die Industrieobligationen sowie der Verbrauchsabgaben und Zölle behandelt. Von den kommunistischen Mitgliedern nahmen Stöcker und Rosenberg Stellung. Dann wurde der deutsch-russische Zwischenfall von den kommunistischen Abgeordneten zum Gegenstand einer Anfrage gemacht, worauf Stresemann erwiderte, daß die Verhandlungen über eine Beilegung des Zwischenfalles gegenwärtig schweben.

Der Ausschluß der Kommunisten aus dem Auswärtigen Ausschuss bedeutet den Auftakt zu der angekündigten Offensive gegen die gesamte kommunistische Fraktion im Reichstag. Die Erklärung, daß die Kommunisten die Vertraulichkeit der Beratungen nicht respektieren, ist eine windige Ausrede. Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Mitglieder wollen bei der Verschärfung des deutschen Volkes an das ausländische Kapital unter sich sein.

## Aus Hamburg wird gemeldet:

Der Geschäftsordnungsausschuss der Bürgerschaft beantragte die Wiederherstellung der Immunität der kommunistischen Abgeordneten Rühl, Hoffmann, Köppen und Ostermann. Ferner beantragte er, in das Verfahren gegen den Abg. Dewh (Kommunist) nicht einzugreifen, Dewh nicht also in Haft.

## Bergarbeiterausperrung in Oberbayern.

(Eigener Drahtbericht.)  
München, 19. Juni.  
Der Arbeitgeberverband der bayerischen Kohlenbergwerke hat den Beschluß gefaßt, die Aussperrung der Bergarbeiter in den Werken Hausham und Pemsberg vorzunehmen. Zum 30. Juni sollen sämtliche oberbayerischen Bergarbeiter entlassen und die Werke völlig stillgelegt werden.

## Falschiltischer Terror in Spanien.

### In zwei Tagen 800 Verhaftungen in Barcelona.

Am 28. Mai wurde der Scharfrichter von Barcelona durch einen Revolvererschuß getötet. Man weiß nicht, ob es sich um ein politisches oder gewöhnliches Verbrechen handelt. Gleichwohl aber wurden bereits zwei Stunden später in der ganzen Stadt Massenverhaftungen vorgenommen. Eine wahre Menschenjagd begann. Alle Gewerkschaftsbüros wurden sofort von Polizei besetzt und alle dort befindlichen Arbeiter verhaftet. Innerhalb zwei Tagen waren 500 Personen verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich die Rechtsanwälte Calanovas und Kompanis, außerdem der Professor an der Arbeiterhochschule M. Campalans. Die spanische Zensur unterdrückt alle Nachrichten, nur soviel liest durch, daß die Regierung beabsichtigt, sofort mehrere Hundert der Verhafteten nach den amerikanischen Inseln zu deportieren. Unterdessen sind auch schon Meldungen von solchen Deportationen eingetroffen.

Sier liest die „Kote Fahne“ den Titel hatte bei seiner Auslieferung ebenfalls großen Erfolg. Und wenn wäre dieser Titel, trotz seiner offen nationalstimmlichen Einstellung, menschlich nicht hundertmal sympathischer als die „Vomau“ und „Kontoren“, die dem Jota weniger nationalstimmlich sind als jener. Er ist weitaus ehrlicher, aber auch viel gefährlicher, weil sie bewußt Generalstreikverbrechen gebrauchen, um das Proletariat so lange einzuschüchtern und ihm wirklichen Kampf vorzutun, bis es im Grenatregnen erwacht und dann ohnmächtig einem neuen imperialistischen Völkermorden gegenübersteht.

„Wir stehen zu unserem Vaterland“. So haben die Reformisten aller Länder 1914 gerufen, damit haben sie Millionen von Proletariaten gegeneinander in den Tod gekehrt. Und kein Zweifel, sie werden es im kommenden Krieg genau so machen. Daß diese „Vaterländer“ die imperialistischen Staaten des blutrünstigen Kapitals sind, wissen die Amsterdamer sehr genau, doch wenn's nur die Masse nicht frühzeitig merkt. Deshalb wird überall vom Fortschritt der Demokratie gefaselt, deshalb läßt die herrschende Klasse diesen ihren Staat von „Arbeiterregierungen“ verwalten. Sie sorgen, wie MacDonald in England zeigt, wie Dase, Thomas und die vielen anderen schon vor ihm zeigten, genau so gut für die nötigen Kriegszustellungen und blutige Niedererschlagung der Arbeiterschaft, wie eine, auch dem Namen nach, kapitalistische Regierung.

Mit keinem Wort ist auf dem Wiener Kongress davon gesprochen worden, wie der imperialistische Krieg wirklich und nur allein bekämpft werden kann, nämlich durch den unmittelbaren und rücksichtslosen Kampf gegen das Kapital, gegen das kapitalistisch-demokratische System. Davon wollen die Amsterdamer nichts wissen, denn das würde bedeuten revolutionären Kampf. Sie wollen aber keine Revolution, sie wollen „Frieden“ mit dem Kapital, sie sind Anhänger der „ruhigen“ demokratischen Entwicklung und stehen deshalb „zu ihrem Vaterland.“

So hat das Wort von Ven Tillet in Wien der ganzen internationalen Arbeiterschaft blutig gelehrt, in welcher ungeheurer Gefahr sie schwebt.

Ungeachtet hat Ven Tillet dem Proletariat die Augen geöffnet und ihm gezeigt, daß der Imperialismus und der Krieg keinen besseren Verbündeten haben, als die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Und es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft aller Länder erkennt, was auf dem Spiele steht, und den Amsterdamer zurück. Schluß mit Euch Verrätern und Demagogen. Für uns gibt es unter dem Kapitalismus kein Vaterland, für uns gibt es nur rücksichtslosen Klassenkampf und Krieg gegen das imperialistische Kapital. Das ist der einzige Weg zu einem wirklichen Völkerrfrieden.

## Aktionsgemeinschaft der deutschen und französischen Kommunisten.

Aus Berlin wird uns gemeldet:  
Ende dieser Woche findet eine Zusammenkunft zwischen kommunistischen Parlamentariern Frankreichs und Deutschlands in Köln statt. Die Besprechung hat den Zweck, die Zusammenarbeiten der französischen und deutschen Kommunisten im Kampf gegen das Sachverständigengutachten vorzubereiten. Die französische Partei lehnt ebenso wie die deutsche das Sachverständigengutachten grundsätzlich ab, während die Sozialdemokraten diesseits und jenseits der Grenze in der Durchführung dieses Gutachtens auf Kosten der Arbeiterschaft sich einig sind. Die französische und die deutsche kommunistische Partei legen den Kaufanschlägen des internationalen Kapitals die Forderung der Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterschaft und des revolutionären Kampfes entgegen. Die Sprache und der Inhalt der Besprechung werden von neuem betonen, daß allein die Kommunisten eine wirklich internationale Politik betreiben, die nicht im Interesse der Unternehmer, sondern allein im Interesse des Proletariats aller Länder liegt.

## Folgen des Antreibertums.

Aus Duisburg wird gemeldet:  
Die Bergarbeiter haben durch das herrschende, raffinierte Antreibertum nicht die Möglichkeit, für ihren persönlichen Schutz genügend zu sorgen. Auf der Zeche Westende in Duisburg-Meiderich benützten 4 Bergarbeiter den Förderkorb eines Hebenwindes. Das Seil riß und der Korb stürzte in die Tiefe. Ein Bergarbeiter war sofort tot, ein zweiter schwer und die anderen beiden Kameraden leichter verletzt.

# GOLGATHA.

26 Von Pawel Dorochow.  
(In Buchform erschienen im Verlage f. Kierat, u. Post, Wien.)

Der Bauer wirt einen furchtsamen Blick um sich, berrahigt sich aber gleich wieder und sagt mit einer wegwerfenden Handbewegung:  
„Er hat schon eine, aber eine fremde.“  
„Wir ist denn das zu verstehen?“  
„Bersteh es wie du willst, lieber Freund.“  
„So so. Also er wird nicht ausfallen?“  
„Gewiß nicht. Auf fremden Leuten kommt man nicht an.“  
„Herr du meine Güte! Ist das eine Zeit!“

Rechts schimmern blaue Berge. Dort, hinten und links breitet sich die Steppe aus. Der schlächte Kutscher weiß nur der Feindschaft auf die Berge.  
„Dort drüben geht es abel zu!“  
„Weshalb?“  
„Deshalb war es in dieser Gegend immer still, man hat nie etwas gehört. Aber jetzt geht es los. Ein Dorf ist dort in den Bergen, dort zwischen den hohen Felsen und dem andern, der wie eine Ringelmause aussieht. Gutes Land, kein Tag und Nacht Kavalen-Frischheit in das Dorf, — der Kavalenkapitän Komandow treibt hier bei uns im Gouvernement herum und seine Leute legen den Bauern ein zu. Eine ganze Woche lang hielten sie sich in jenem Dorf auf. Es ging nicht zu, die Bauern wurden drangsariert und mit den jungen Weibern und Mädchen machten sie nicht viel Umstände. Da taten sich denn die Bauern zusammen und schlugen die Frischheitler bis auf den letzten Mann nieder. Drei Tage darauf zog eine ganze Armee ins Dorf ein.“

„Wohin die Schuldigen aus?“  
„Bersteh dich. — Die Schuldigen kommt man nicht finden, denn alle waren khalbig, alle haben drin, und es war kein Bauer da, der nicht mit dabei war. Und die Strafe entzerrten.“  
„Wir haben keine Schuldigen?“  
„Ihr habt keine?“  
„Nein, wir sind alle khalbig.“  
„Ah, gut. Das ganze Dorf wurde auf die Straße. Dann stellte man ein Aufhängewerk vor ihnen auf.“  
„Wo ihr habt keine Schuldigen?“  
„Nein.“  
„Da ging dann das Kavalen los. — Nur wenige kamen bei demselben alle blieben auf dem Fied liegen — die Jungen und die Mädchen. Und die andern gingen in die Berge und ver-

schanden sich dort. Wenn ein Kaval oder ein Weisgardit ihnen in die Finger gerät — um den ist es gegangen... auch den Kavalen sind sie nicht grün. Ja, es trübten sich auch viel Kavalen an diesen Straßen herum, von denen nicht viel Gutes zu erwarten ist...“  
Der Kutscher verstaunte und versank in Gedanken. Auch Dimitry dachte über seine Lage nach.  
„Und jetzt haben sich die Bauern von Sitowla erhoben.“  
Dimitry erinnerte sich an den großen schwarzen Bauern von Sitowla, der von seiner Dorfgemeinde ausgeschickt war, um neues Siedlungsland zu suchen.  
„Das ist doch das Dorf, in dessen Nähe das Gut Kardinsk liegt?“  
„Was wohl, dieses Dorf ist es... Auch zu den Nachbarn haben sie vorher angehängt, um sie zur Teilnahme an dem Aufstand aufzufordern.“  
Dimitry beschloß, nach Sitowla zu fahren.

Etwa fünf Kilometer vom Dorf entfernt wurde Dimitry von einer Abteilung berittener Milizsoldaten eingeholt.  
„Halt, was ist das für ein Mensch?“  
Dimitry wartete einen kurzen Blick auf die Reiter. Er bemerkte unter ihnen einen jungen Borden, der ebenfalls auf einem Pferde saß.  
„Ihr die Kommandanten?“  
„Was bist du für ein Mensch? Wohin fährst du?“  
„Ich bin ein Mensch wie jeder andere und fahre in meinen Angelegenheiten.“  
„In welchen Angelegenheiten und wohin?“  
„Nach Sitowla. Und wer ich bin, das kann ich nur einem von euch sagen. Wer ist euer Vorgesetzter?“  
„Ich bin es.“  
Dimitry legte die Brieftasche hervor und reichte dem Mann den Ausweis, den er dem Kommandanten abgenommen hatte. Der Kommandant prüfte das Papier und reichte es mit unterdrückter Stimme zurück.  
„Wer von den andern also.“  
„Wir fahren demnach in ein und derselben Angelegenheit.“  
Dimitry lächelte.  
„Ja, die Angelegenheit ist die gleiche.“  
Er forderte den Borden auf in seinem Wagen zu steigen. Gegen die hohen, hochwachen, das Reiterpaar einer geistlichen Person schloß er auf.  
Der Borden legte sich zu Dimitry in den Wagen und betrachtete ihn sorgfältig.  
„Sie kommen wohl von der hohen Obrigkeit?“  
Dimitry nickte kopfschüttelnd.

„Und Sie, Hochwürden, begreifen die Abteilung?“  
„Nein, ich bin aus Sitowla. Die Kamillen rebellieren. Sie haben die Milizsoldaten verhaftet, die Post besetzt, die Beamten des Semio berragt und einen Dampfer berraubt. Ich habe es mir meine heilige Pflicht gehalten, die Vorgesetzten von der Rebellion in Kenntnis zu setzen.“  
„Dreilich sind es nur Ausschreitungen und kein richtiger Aufstand?“  
Dimitry spricht mit gleichgültiger, ruhiger Miene, aber innerlich löst er vor Ungeduld, Näheres über den Aufstand in Sitowla zu erfahren.  
„Wo denken Sie hin, verehrter Herr, es ist ein richtiger Aufstand! Der Kreisamtman hat anfangs auch daran geweltelt. Er meinte, das seien nur Ausschreitungen berräuberischer Bauern. Nein, nein, das ist ein richtiger Aufstand! Wegen die Regierung, gegen die Kirche, gegen Gott!“  
Dimitry lächelte vieläugend und läßt eine schlichte Bemerkung fallen:  
„Ich bin darüber unterrichtet, aber ich habe noch keine Meldungen über die Einzelheiten erhalten. Dort ist doch befestigt... wie heißt er doch gleich...“

Der Borden sieht ihn ehrerbietig an.  
„Das muß ein hoher Beamter sein, wenn er Meldungen erhält!“  
„Sie meinen wohl den Iwan Bodrych, der von den Bauern ausgeschickt war, neues Siedlungsland zu suchen?“  
„Ja, ich glaube, der Mann heißt so. Aber sagen Sie mir doch, wie ist es Ihnen gelungen, aus dem Dorfe herauszukommen? Haben die Aufständischen Sie denn gelassen lassen?“  
Der Borden lächelt.  
„Ja, ich habe es schlau gemacht. Ich bin zu Fuß, wie auf einem Spaziergang, durchs Dorf gegangen, als ich aber drüben war, rannte ich, was ich konnte.“  
Dimitry lächelt. Er fühlt, daß der Borden ihn für eine Art Vorgesetzten hält. Er nennt einen berräuberischen Ton an Kopf des Borden auf die Knie.  
„Das haben Sie ausgezeichnet gemacht!“  
Der Borden gerät in Begeisterung.  
„Denken Sie sich, mein Herr — das Gestindel hat sogar einen Revolutionsstab ausgedacht!“  
„Was Sie sagen!“  
„Ja, ja. Und die Hauptführer sind — dieser Iwan Bodrych, dann Jafow Petin und Peter Melonin. alles ungeheuer dumm, dumme Bauern.“  
Dimitrys Begeisterung ist durchaus echt.  
„Das ist erstaunlich!“

(Fortsetzung folgt.)

Wer ist der Mörder?

In der Nacht auf Pfingsten 1922 erschoss sich in der Strafanstalt in Hammeln a. d. W. ein revolutionärer Genosse aus Eisenberg...

Einige Tage vor Pfingsten meldete sich der Genosse wieder zum Direktor der Strafanstalt und trug ihm vor, daß er es nun nicht länger mehr aushalten könne...

Lage vorgehen. Am Pfingstsonnabend jagt der in den Tod gediehene Genosse zu seinem Freund, dem Genossen Max Sauer aus Eisenberg...

Als der Wächter am Pfingstmorgen die Zellentür öffnet, blickt er in das leichenstarre Antlitz des toten Genossen, der sich auf dem sogenannten Bette liegend, mit einer Schur erschossen hat...

Sang- und Klanglos hat man den toten Genossen in Hammeln verhängt. Zu dem Mord kam noch die Leichenschändung, indem Henters knechte ihn beerdigten.

Gegen das Urteil der Herriottischen Militärjustiz.

Vor einigen Tagen fand in Lausanne eine gut besuchte Gedächtnisfeier für Eugen Levine und Rosa Luxemburg statt, die gleichzeitig eine Gedenkfeier für alle proletarischen Opfer der Revolutionskämpfe war...

Roveraden! Eine von der kommunistischen Partei und der kommunistischen Jugend Laadens einberufene öffentliche Levine-Gedächtnisfeier nimmt Kenntnis von dem furchtbaren Urteil an französischer und deutscher Jugendgenossen wegen antimilitaristischer Propaganda...

Unser die Zukunft, unser die Macht!

Mit einem Hoch auf die kommunistische Internationale, die Weltrevolution und unter dem Gesang der „Internationale“ wurde die Stundgebung geschlossen.

Ein Kommunist von Sozialdemokraten in Paris ermordet.

Das Pariser wird unserer Presse gemeldet: Ein kommunistischer Arbeiter, der Genosse Pola, las auf der Straße die „Surrantite“. Er wurde ohne Anruf von einem Sozialdemokraten, der hinter ihm ging, niedergeschlagen...

Das deutsche Proletariat kennt viele ähnliche Fälle. System Kautner. System Koste. Wird Herr Blum vielleicht der französische Koste werden?

Der Fall Auer

Über den Roman eines politischen Lumpen. Kritische Flugblatt der BSWD-Opposition in München. (Schluß.)

Kein Wort gegen die gleichen, vorausgegangenen Bestialitäten auf der anderen Seite, die Niedermordung der 21 Gefellen, die Abschichtung Gustav Landauers, des Professors Horn, aller Leute, vierzehnjähriger Kinder, Erschießungen ohne Vernehmung, durch Auers monarchistische Hintermänner und deren verwilderte Truppen...

Und weiter: „Als die Diktatoren ihre Macht bedroht sahen, stellten sie im Hofgarten und bei der Donnersberger Brücke Geschütze auf, deren Schüsse auf die Stadt und die Bevölkerung gerichtet waren“. „Drohend sind die Säue der Maschinenarmee gegen das Volk gerichtet, das zu befreien man vorgibt!“

Das sagt Auer, der Lotterputzker, der Mithelner Rahr, der Kriegsverlängerer.

Wie anders als Auer urteilt der Münchener Kardinal Faulhaber, der ausspricht, daß ihn die Rotgardisten anständiger behandelt hätten als die Weißgardisten.

In früheren Zeiten hat die deutsche Sozialdemokratie die Geschäftsleitungen verhöhnt, mit denen die Soldatentreiber der herrschenden Klassen die Revolutionäre als blutdürstige Bestien darzustellen liebten, und die doch meist ein lächerlich schwacher Rest der blühenden Taten waren, die von den in ihrer Herrschaft durch die Revolution bedrohten Klassen mit überlegener Systematik durchgeführt wurden...

Und Auer Flugblatt spricht von (angeblichen) fremden Geldern zur Finanzierung der Rotrepublik. Und überlegt nicht, daß das Erinnerungen wachruft, an die gar nicht imaginären Gelder, die Auer selbst von Nichtsozialdemokraten erhalten empfangen, ja erweist hat, für alles andere als letzten Endes sozialistische Ziele, meist unter dem Vorwand der Bewendung gegen die rabulische Sozialdemokratie und zur „Nationalisierung“ der Arbeiterschaft

Der Stuttgarter Kommunistenprozeß.

Der Aufruf zum Monierprozeß gegen die kommunistische Partei.

5. St. Am 12. Juni fand in Stuttgart ein Kommunistenprozeß statt, der bei weitem mehr als lokale Bedeutung hat. Aus der Führung des Prozesses durch den berühmten Kommunistenreferent, Staatsanwalt Freiherr von Nupprecht, geht ganz unzweideutig hervor, daß nicht nur die fanatische Ablehnung des Sozialdemokraten Richter im Berliner Polizeipräsidium ihren Helzug gegen die KPD führt, sondern daß eine Generaloffensive sämtlicher Staatsanwälte in allen Teilen des Reiches an der Konstruktio des beabsichtigten Monierprozesses gegen die KPD, eingeleitet hat.

Derselbe Prozeß gegen die Stuttgarter Genossen — die Reichstags- und Landtagsabgeordneten Seiter, Schneck, Beder und neun andere, stand bereits Anfang Mai d. Js. zur Verhandlung. Der Versuch des Staatsanwalts, die Anklage auf Hochverrat zu erheben, wurde damals vom Reichsgericht abgelehnt. Das Stuttgarter Schöffengericht verurteilte dann nach dreitägiger Verhandlung die 12 Genossen zu je 8 Monaten Gefängnis wegen Vergehens gegen das Republikstrafgesetz. Gegen dieses Urteil legten sowohl der Staatsanwalt wie auch die Angeklagten Berufung ein.

Am zweiten Weibnachtsfeiertage vorigen Jahres wurden die Angeklagten bei einer Belagerung im Stuttgarter Theaterrestaurant verhaftet. Ein Teil der Genossen, wie der Landtagsabgeordnete Beder und der Jugendsekretär Kautz waren erst drei Tage vorher aus der militärischen Schutzhaft entlassen worden. Trotzdem behauptete der Staatsanwalt, das Verbrechen der Angeklagten sei eine fortgesetzte Handlung staatsfeindlicher Bestrebungen.

Einige Briefe über die Lage der Arbeiterschaft und der Schutzhaftgefangenen sowie ein Rundschreiben des Direktors des KPD, welches beim Genossen Schneck gefunden wurde, bildeten das Belastungsmaterial für die Angeklagten. Einzelstandesermagungen sei ja auch die KPD, eine staatsfeindliche Partei.

Bei der erneuten Verhandlung arbeitete der Staatsanwalt Nupprecht mit den raffiniertesten Mitteln, um eine Verurteilung im Sinne des Württembergischen Justizministers Benerle zu erreichen. Dieser Minister kündigte bei den Debatten über die Freilassung der inhaftierten Landtagsabgeordneten an, daß man die Abgeordneten nicht freilassen könne, da sie bei einem demnächst stattfindenden Prozeß sehr hohe Strafen zu gewärtigen hätten.

Nicht nur, daß der Staatsanwalt als Belastungssachen zwei hadische Untersuchungsrichter zuzug, damit diese auf Grund von Ermittlungsverfahren in ganz anderen Prozessen die Stuttgarter Genossen durch offensichtliche Spitzelarbeit belastet sollten; nein, auch der alte Diktator-Spitzelkämpf, die Choderabazillen, die Bomben maßig herhalten, um auf alle Fälle ein Zuchthausurteil gegen die Angeklagten konstatieren zu können. Wenn diese Methoden zum System der Kommunistenbekämpfung erhoben werden, so ist schon jetzt sicher, daß die Hunderte von Prozessen, die zurzeit gegen kommunistische Funktionäre geführt werden, zu einem Riesenzusammenbruch zusammengehangt werden. Der Monierprozeß, zu dem der Tschischwindel und die Arbeit einiger „agents provocateurs“ den Grundstein bilden, mit Zuchthausurteilen enden.

Im Stuttgarter Prozeß wurde ein Angehöriger der „Tschischtaorganisations“ Otto König als Belastungssache gegen die Genossen vorgeführt. Ein Spitzel und Verbrechertyp par excellence ist dieser Otto König. Mit erschauerlicher Ignoranz Frechheit stellte er, im Namen als Hilfsstaatsanwalt eine Reihe unsinniger Behauptungen und Beschuldigungen gegen die angeklagten Parteigenossen auf. Diese, gut memorierten Aussagen

Arbeiter in allen Betrieben!

Sammelt unermüdet die politischen Gefangenen und unterstützt durch Geld, Werk und Presse die Aktionen der „Roten Hilfe“.

waren in Wahrheit das bereits veröffentlichte Material der Stuttgarter Polizeidirektion und der Abteilung Ia während des Wahlkampfes. Der Sozialdemokrat Lötze hat bekanntlich dieses Material auch im Reichstag als Begründung für die weitere Inhaftierung der kommunistischen Reichstagsabgeordneten vorgebracht.

Daß diese sogenannte „Tschischel-Truppe“ in Wirklichkeit eine ganz raffiniert aufgezogene Spitzeltruppe der korrupten politischen Polizei gegen die KPD ist, tritt jeden Tag klarer in Erscheinung. Bereits läuft in den Straßen Stuttgarts ein Hauptangeklagter der „Tschischel“ frei und frank umher, damit er, sicher im hohen Auftrage, sein schändliches Spitzelhandwerk in den Reihen der Partei weiter treiben soll.

Der Stuttgarter Prozeß entlarvte aber auch einen anderen Spitzel der rechtsradikalen Geheimverbände, „Arminius“. Es ist der aus der Unteruchungssache vorangeführt Zeuge Lehrer Köberle aus Dunningen. Sensationell wirkte es, als die Verteidiger, Gen. Dr. Sedel, Frankfurt und Rechtsanwalt Dr. v. Bagnato, Eßlingen in das Dunkel des Spitzelkammerpfeils hineinschleuderten und allenmäßig feststellten, daß der Lehrer Köberle, in rechtsradikalen Kreisen einer geheimen Organisation Arminius angehört. Im Auftrage dieser rechtsradikalen Organisation trat er als Spitzel in die kommunistische Partei ein. Im Dienste der Polizeidirektion Stuttgart unternahm er sehr häufig Reisen nach Stuttgart und erstattete regelmäßig über Versammlungen Berichte bei der Polizei. Der Kriminalinspektor Musten bezahlte diesen Spitzel für seine Tätigkeit. Köberle will später von seinem Sanbmer abgelassen haben und zwar deswegen, weil er sich ernsthaft mit den kommunistischen Ideen befaßt hat.

Der Prozeß endete mit keiner Verurteilung. Dennoch erreichte der Staatsanwalt sein Ziel. Auf seinen Antrag hin erklärte sich das Stuttgarter Gericht für unzulässig. Nun wird die ganze Angelegenheit dem Staatsgerichtshof überwiesen, wegen angeblicher Falschgefähr wurden sämtliche Angeklagten weiter in Haft gehalten.

Der erste Akt — das Stuttgarter Postspiel des gesandten Monierprozesses gegen die KPD, ist beendet. Die Akteure erhalten wieder mit allen Kästen und Schlägen um der KPD, einen nach ihrer Meinung entscheidenden Schlag zu verfehlen. Und trotzdem, es wird ihnen nicht gelingen! Und wenn sie alle Mächte des Himmels und der Erde in Bewegung setzen, die proletarische Welle, die sie letzten Endes verschlingen wird, können sie nicht mehr aufhalten.

Das Sekretariat muß jetzt mit verzehnfachter Kraft den Kampf gegen die weiße Justiz aufnehmen. Opfer ohne Zahl hat diese Kampf verschlungen. Diese Opfer müssen der Klassenjustiz entzissen werden. Generalamnestie, rote Hilfe, das muß der millionenfache Kampf des Proletariats sein!

Das ungerechtfertigte Verbot.

Minister und Oberpräsidenten verbieten fast Tag für Tag kommunistische Zeitungen. Die Begründung ist dabei stets so oberflächlich und unzureichend, daß einer Beschwerde bei dem Staatsgerichtshof in vielen Fällen stattgegeben werden muß. Die Verbote erfolgen trotzdem, weil die Entscheidung des Staatsgerichtshofs gewöhnlich erst dann gefällt wird, wenn die Verbandszeit längst abgelaufen ist. So hat der sozialdemokratische Oberpräsident Hering am 12. Mai unsere Magdeburger „Tribüne“ wegen eines Abdrucks der Frankfurter Gewerkschaftsresolution verboten. Der Staatsgerichtshof hat das Verbot jetzt aufgehoben und die Kosten des Verfahrens der proletarischen Staatskasse auferlegt. Die „Tribüne“ ist aber inzwischen von Hering von neuem verboten worden, so daß unser Parteivorstand nicht einmal den Reintitel Hering mitteilen kann. Der Sozialdemokrat Hering wird sich darüber nur ins Fröhliche lachen. Dem Antrag der Presseverbote kann nur durch Aufhebung des Belagerungszustandes gestoppt werden.

hand einer „Untersuchung“ zu machen. Und beinahe hätte sie noch entzündet.

Diese ganze Untersuchung war eine Posse. Sie diente nicht dazu, die Wahrheit festzustellen, ihre Ermittlungen schlugen der Wahrheit ins Gesicht, ja sie leugneten längst dokumentarisch festgestellte Tatsachen wieder ab.

Nur ein unbestechlicher Mensch, voll höheren Streben, mit reinem Gewissen und reinen Händen ist würdig und fähig, eine führende Stellung im öffentlichen Leben einzunehmen.

Wenn der Parteiparat den Sinn für Reinlichkeit und das Streben nach politischen Linien verloren hat, wenn er zum Tummelplatz wird für die brutalsten Ausschreitungen der Macht und Raffinerie, dann wird es Pflicht jener, die darin die schwerste Gefahr sehen für das Gemeinwohl, diesen Zerfallsercheinungen entgegenzutreten, sie in ihren Urbebern auszumerzen. Ein Schmel von dem, was hier über Auer gesagt ist, müßte genügen, ihn als unwürdig des öffentlichen Vertrauens zu erklären.

Heute rufen wir den Sozialdemokraten zu: Wendet Euch ab von einem Auer, den für Eisners Lob Verantwortlichen!

Entfernt den Mann, der die sozialdemokratische Partei, die Eisner wieder einigen und zusammenfügen wollte, gespalten und wo er sie beherrscht, zugrunde gerichtet hat! Die oberbayerischen Parteinstellungen haben die Handlungen Auers — zum Teil nur aus Unwissenheit, getäuscht von Auer und seinen Kreaturen — bisher gebildet. Ihr Wähler seid die oberste Instanz. Schämt Euch, für den Mann einzutreten, der Gebel nahm, die die sozialdemokratische Sache forumierten. Wählt auch den Mann zu wählen, der nachweislich bisher das Werkzeug war der bayerischen Volkspartei und der Monarchisten, der alles geriet und alle verriet. Wollt ihr Substanzphariorth zum Vertreter haben? Ihr könnt ebensogut offen die Leute wählen, deren Geschäfte Erhard Auer bisher unheimlich besorgte und weiterhin besorgen wird, solange diese nicht selbst auf seine Dienste verzichten. Dann könnt ihr gleich einen Mann wie Rahr wählen, dem Auer sofort gratuliert hat, als er Hoffmann beim Kapp-Putsch gewalttätig beseitigt hatte, wie er den Hoffmann an Arto schickte, der Eisner aus dem Wege räumte.

Und als letzte Wahlempfehlung stellt er seine erhaltene, längst geheilte Verwundung zur Schau:

„Auer wird von „mehreren“ Atzen durchbohrt und leidet noch heute an den Folgen dieser Verwundung“. Was im Widerspruch steht zu allem, was man an Ernstlichem darüber weiß.

Es ist wahrlich ein weiter Weg vom kommunistischen Manifest bis zu diesem Flugblatt eines Arbeiterführers gegen die Gefühle der Arbeiter. Das ist keine in der Woge des Wahlkampfes begangene Entgleisung. Es ist der unverhüllte Ausdruck einer Gesinnung, die Marx, unter dessen Parolen einst Erhard Auers Karriere erfolgte, einmal gekennzeichnet hat als „die Eigenschaft von Leuten, die frech gegen Ideen und alleruntertänigst gegen Sandgtrüchheiten der Herrschenden sind.“

Die Wirkungen der Persönlichkeit Auers und seiner zerlegenden Tätigkeit für die von ihm geführte Partei zeigt den Ausgang der Landtagswahlen mit satistischer Deutlichkeit. Im Jahre 1919 haben in München 160 000 Wähler für die Liste Auers gestimmt und 17 000 für die Unabhängigen. Im übrigen Oberbayern 130 000. Am 6. April 1924 erhielten in München die nun vereinigten Rechtssozialisten und Unabhängigen noch 50 000 Stimmen, die Kommunisten 48 000 Stimmen. Im übrigen Oberbayern war der Verlust nicht geringer. Die Vereinigten Sozialdemokraten erhielten 45 000 Stimmen, die Kommunisten 26 000 Stimmen. Mehr als zwei Drittel ihrer Anhänger haben die inzwischen wieder vereinigten Sozialdemokratischen Parteien in Auers Wirkungsbereich verloren. Und der Verlust wurde nicht von den Kommunisten aufgefangen, die von den verloren gegangenen 217 000 Stimmen, in ganz Oberbayern mit München, nur 74 000 erhalten haben.

Das, was hier gesagt ist, ist zum großen Teil nicht neu. Und es ist nicht alles, was bekannt ist. Und immer wieder kommt neues Material zutage, das für Auer von neuem belastend ist. Trotzdem finden sich noch Angehörige der Parteibürokratie, Leute, die mit ihm von altersher oder durch gleiche Schuld verbunden sind, bereit, zu entschuldigen, zu verdecken, zu erstickeln und Auer zu halten.

Die sozialdemokratische Parteibürokratie hat nicht vermeiden können, die Blumenstrauchangelegenheit zum Gegen-

# Der Parteitag der bankrotten Betrüger.

## Die SPD. im Schlepptau des Imperialismus.

### 4. Verhandlung.

Zu Beginn der Sonnabendstimmung des sozialdemokratischen Parteitages machte Wels Mitteilung von der Ermordung des italienischen Sozialisten Matteotti. Er behauptet die blühenden Schichten deutscher Gewerbetreibender besaßen, obwohl wohlweislich nur Erzberger und Rathenau und nicht von Plattenkommandanten Wels am 6. Dezember 1918 in der Chausseestraße gemordeten Arbeiter, die Schatten Rosa Luxemburgs und Liebknechts.

Es wird die Abstimmung vorgeschlagen über den Antrag, daß die Mitarbeit an der Internationalen Arbeiterhilfe unvereinbar sei mit der Mitgliedschaft in der SPD. Der Antrag wurde gegen 2 oder 3 Stimmen angenommen.

Nach Annahme des Beamtensprogramms und Behauptung des Reichsausschusses für Beamtenwesen referierte Seling über die Stellung der SPD zur Wirtschaft.

Der Redner, der offenbar den Kommunisten etwas abgedrückt hat, aber nicht richtig, polemisiert gegen die bisherige Stellung der SPD zum Bauernamt. Wenn man einfach sage, daß der Kleinrentner, abzüglich vom Grundbesitz, aufgefressen werde, ohne zu fragen, wieviel Jahrehute lang wir noch Kleinbauern und Kleinrentner haben, und glauben, die Bauern als untergehende Klasse behandeln zu können, so werde man sich viel sozialdemokratische Wähler auf dem Lande bekommen. Das Stützungsgebot, das nur Geld bereiten auf Antrag von Stützern zur Bedienung verzögert war, kann keine Durchführung ist aber unter aller Kritik es wird alles labilisiert. Den Grundbesitzern muß der größte Teil ihrer Ländereien enteignet werden, damit soll aber der Grundbesitz nicht vernichtet werden. Die durch die verhängte Pachtbesatzverordnung völlig bankrot dastehenden Bauern auf aus ausgelagerten Pächter müssen besser gestellt werden. Die Steuern der Grundbesitzer müssen nach dem Wert des Bodenschatzes berechnet werden und nicht nach dem reinen Ertrag. Die Partei muß gegen Schwere sein, muß aber andere Mittel erwägen, die den Landwirten etwas nützen.

Gegen die wenigen in Wien ausstehenden liegenden neuen vernünftigen Gedanken läßt im Verlauf der Sitzung Adolf Braun statt, der die alten Lebensverhältnisse verteidigt, bisher maßgebend für die SPD-Proble, die die russischen Kommunisten begeistert und verstanden, weil sie unter bestimmten Verhältnissen, die auch für andere Länder da sein können, die großen Güter unter die landbesitzenden Bauern verteilen.

Adolf Braun widerlegt sich selbst, indem er anführt, daß wenn man im Mittelalter um 1400 die heutigen industriellen Riesenkonzerne prognostiziert hätte, der Bauer seinen Grundbesitz verloren hätte. Man, insoweit es möglich, entwicklungs-geschichtliche Material und mancher Wissenschaftler annehmen und ein Volkster um 1400 konnte die Grundbesitzerpolitik nicht darum ablehnen, weil 1924 das kleine Handwerk in das verschwinden sein würde.

Braun ging sogar soweit, daß er sich gegen die Eroberung der deutschen Moore wandte, weil dort große Wasserreservoirs verschwinden würden.

Nach Halling spricht Georg Schmidt über die Landarbeiterfrage und vertritt die These über die Kommunisten.

Die noch aus Österreich eingeschlossene Reichswehr soll einige „freundliche“ aber völlig inhaltslose, jedes Inhalts entbehrende Worte an den Parteitag.

Darauf erhält das Wort zum Replika Redner der Reichstagswahl, der als Finanzminister in höchst gehobener oberer Theoretiker der SPD.

Hilferding: Die seit Kriegsausbruch außerordentlich gesteigerten Konsumtionsbedürfnisse haben heftige Produktionsniveaus geschaffen. Die Wirtschaft und Sozialverhältnisse wollen. Aber sie sollen den Staat nicht beherrschen, sondern sie sollen eingeschränkt werden in die nationale Organisation. Die Instrumente dazu sind die Industriemonopolstellungen. Ihre Macht muß unterbrochen werden. Der Sozialismus hat als Tagesfrage der Politik auf der Tagesordnung. Das ist der Klassenkampf. Es sind alle unsere Vorkämpfer, wenn man behauptet, wir hätten den Klassenkampf nicht. Es kommt aber darauf an, ihn so zu führen, daß der gewinnbringende Erfolg daraus resultiert. Keine Gruppe hat den Klassenkampf wirksamer geführt, als die englische Unabhängige Arbeiterpartei. deren Führer MacDonald sich immer darauf berufen hat. Marx und Klassenkampf zu sein. Daraus, was wir heute gelernt haben, daß die Klasse nicht mehr sein kann, als sie verstehen kann. (Riefen: „Ja, ja“)

Die stehen wir nicht auf der falschen Seite. Wir müssen nicht zu neuen gewalttätigen Kämpfen führen zu neuen die allgemeine Erziehung nach dem Krieg werden die Gefahr. Die letzte wurde befeuert durch den Regierungsrat Reichs-nach und die Ermordung in Frankfurt, die die Befriedigung Entwas bringt. Das Weltbild hängt nicht ab von dem Osten, sondern von der Entwicklung der Demokratie im Westen.

Innerpolitisch müssen wir daher in erster Linie die Lebensarbeit leisten, das Reparationsproblem aus der Welt schaffen durch Annahme des Sachverständigenkommissionärs. Das Sachverständigenkommissionärs bedeutet für uns

die Aufrechterhaltung und Sicherung der deutschen Einheit, eine Erziehung der proletären und gebildeten wirtschaftlichen Lage durch ausländische Kredite, Sicherung für eine stabile Währung, wirtschaftliche Freiheit, wir werden frei von Kontrollen, Zöllen, Zollbarrieren und Verhinderung des Wirtschaftswachstums, Garantie für Abbau der fremden Belastung und Beseitigung der Belastungsfragen.

Wir erheben die englische Arbeiterpartei und die französischen Sozialisten, daß sie zu wissen, daß die Entfesselung des Reiches über die Eisenbahn erhalten bleibt, wir erwarten Beseitigung von allen Einschränkungen in fast uns gültiger Sinne. Aber wir sind für die Ermöglichung der Garantie, weil es bedeutet die Befreiung der Wirtschaft und politischen Freiheit und Fortschritt des Sozialismus.

Wir brauchen die englische Arbeiterpartei, denn langjährige Kämpfe werden uns jenseitiger werden als der letzte. England hat im Weltkrieg seine wirtschaftlichen und imperialistischen Ziele erreicht. England hat nur noch ein Interesse an der Erhaltung seiner Macht, daher ist die englische Arbeiterpartei international eingestellt. Was würde für England ein neuer Krieg bedeuten? Der Verlust Hunderte Millionen und ein langjähriger Kolonialkrieg.

Deshalb verlangt England die Garantie zu erhalten und nicht gewalttätig auszuführen.

Mit dem konservativen Interesse der angrenzenden Nationen verbindet sich das Friedensinteresse der kleinen und unterdrückten Nationen.

Der Völkerverbund soll das Draan dieser Friedenspolitik sein. Deutschland muß in den Völkerverbund. Wir wünschen auch, daß Rußland eintritt.

Die deutsche Regierung soll sich aber nicht auf Rußland berufen und sich im Völkerverbund nicht an die russische Politik lassen.

Rußland ist heute nicht mehr von imperialistischer Unterjochung bedroht. Wir waren leiserzeit für Anerkennung Sowjetrußlands. Wenn aber die russische Regierung unter einer anderen Firma, dem Kommunismus, durch bezahlte Söldlinge auf unsere Politik einwirken zu können, so ist sie im Irrtum. Wir verlangen von der russischen Regierung, daß ihre verschiedenen Vertreter im Ausland politisch sauber sind.

Wir verlangen die allgemeine Abrüstung. Bei uns muß Schwere Reichswehr und illegale Organisation verschwinden. Nicht mit Gewalt, sondern mit Geist muß Deutschland siegen können, durch den Geist der Demokratie.

Die Reichstagswahlen fanden in unglücklicher Zeit statt. Bessere Zeiten werden einen Aufschwung der Sozialdemokratie bringen. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß der Vertrauensmann als das wichtigste Glied unserer Politik betrachtet werden muß, er muß unsere Politik den Arbeitern unter allen Umständen klar machen, er muß jedes öffentliche Wort überlegen. Gewiß Meinungsfreiheit. Aber sie hat Grenzen an der Solidarität. Wir können keine Funktionäre in der Partei brauchen, die anzuheben sich populär machen zu können auf Kosten der anderen.

Nach der Annahme des Sachverständigenkommissionärs beginnt der Kampf um die Durchführung der Reparationsfragen. Den Arbeitern muß gesagt werden, daß sie eine starke sozialdemokratische Organisation wählen müssen, damit sie gute Löhne bekommen und damit gute Löhne bekommen. Den Landarbeitern geben wir nicht auf. Die Gewerkschaften werden durch Volksentscheid die Regierung zwingen, das Wahlgeld abzugeben zu reduzieren. Bei der Steuerfrage sollten wir die Arbeiter nicht so viel beschäftigen. Wir stellen den Kampf um die Revision aller materiellen Kämpfe.

Unter dem Zwange der Außenpolitik müssen wir mit bürgerlichen Bundesgenossen zusammen kämpfen. Aber nichts ist falscher, als wenn Arbeiter glauben, wir müssen mit den Kommunisten zusammenarbeiten, weil sie so eng verbunden sind. Arbeiter sind doch aus die Geben nationaler und sozialistischer Arbeiter. Die Arbeiterklasse kann sich nur einigen auf dem Programm der Sozialdemokratie.

Gegen die Theorie Hülferdings, der bedingungslosen Lohn und Kolonialpolitik und der platten Spekulation der Erhaltung des Weltfriedens durch die Garantie für Aufrüst-erhaltung des integralen englischen Imperiums bringen Toni Sender, Lehmann und Grottel eine Resolution ein:

„Die Beendigung des Krieges hat nicht zu einer Behebung der außenpolitischen Schwierigkeiten der imperialistischen Staaten geführt. Der Kampf um fremde Warenabgabemärkte, um Kapitalverdienstplätze und politische Interessensphären, den Kämpfe der internationalen Kongresse in Basel, Kopenhagen und Stuttgart als das Kennzeichen der gegenwärtigen Entwicklung des Kapitalismus feststellen, ist verschärft und zugehört durch Kämpfe um Petrobrölumlager, durch Verdrängung der Kräfteverhältnisse in Europa, durch das Aufkommen neuer sozialer und politischer Kräfte in Rußland, durch Abklopfung der außenpolitischen Interessen der amerikanischen Staaten.

Neue schwere Kämpfe zeigen sich am Horizont. Die deutschen herrschenden Klassen, eingedenk des Scheiterns ihrer imperialistischen Politik durch den Weltkrieg, hoffen in neuen Verhandlungen das Bedauern wiederzuerlangen zu können. In einer unangenehmen Außenpolitik in heimischen und offenen Kämpfen im Innern haben sie Zeit und Mittel zu gewinnen.

Die SPD. stellt ihre wichtigste Aufgabe darin, neuen Kämpfen, neuen Kämpfen vorzubereiten durch engschlossenen Kampf gegen alle diese Widersprüche der deutschen herrschenden Klassen und insbesondere durch Verdrängung der imperialistischen Interessen des verlorenen Krieges auf die, die sie tragen können und sollen, die imperialistische Bourgeoisie. Die Partei ist überzeugt, daß dieser Kampf in den Kämpfen um die Welt sein wird, indem die internationalen sozialistischen Kräfte sich vereinigen zu einem gemeinsamen Kampf gegen die imperialistischen und Kriegszwecke aller Länder, einen Kampf, in dem die Lehren des Jahres 1914 nicht unberücksichtigt bleiben dürfen.“

Die Partei ist überzeugt, daß dieser Kampf in den Kämpfen um die Welt sein wird, indem die internationalen sozialistischen Kräfte sich vereinigen zu einem gemeinsamen Kampf gegen die imperialistischen und Kriegszwecke aller Länder, einen Kampf, in dem die Lehren des Jahres 1914 nicht unberücksichtigt bleiben dürfen.“

Paul Levi als erster Diskussionsredner das Wort. Das uns vom Krieg materielle Bild des englischen Imperiums wird sein danach sein. In Rußland war mehr als ein kommunistischer Staat, 170 Millionen Bauern sind ins Nationalbewußtsein eingetreten, 170 Millionen Bauern sind ins Nationalbewußtsein eingetreten. Die durch Rußland verursachte Verunsicherung entspricht nicht den damaligen Neben Einwirkungen oder der Fähigkeit der dritten Internationale. Der russische Revolutionär wird in kurzer Zeit ein Gebilde von ungeheurer Wirkung auf seine Umwelt sein (Zustimmung und Anruf: Die Diskussion wollen sich mit den Fragen und offiziellen Regeln verhalten). Der russische Generalstab wird in Kürze ein imperialistisches Machtgebilde von ungeheurer Wirkung sein. (Stärkegroße große Anruf) Wir müssen uns entsprechend einstellen, wir dürfen nicht glauben, daß wir durch Annahme des Sachverständigenkommissionärs den Frieden haben.

Und es ist für Annahme des Sachverständigenkommissionärs. Aber wir müssen die Bourgeoisie zur Erfüllung zwingen. Für die Bourgeoisie ist das Garantie kein neue Sache, sondern eine Forderung. Garanti nicht, daß uns die Bourgeoisie eine Zeit lang wird, in der wir mit der Bourgeoisie arbeiten und

verteidigen können. Die Bourgeoisie zwingt der Arbeiterklasse Klassen in beide Hände.

Fleischer-Dresden: Bei den Wahlen haben die Massen ihren tiefsten Mißmut über die Politik der Partei Ausdruck gegeben. In der Reichstagsfraktion haben z. B. erst die Massenstürme den Ausschlag dafür gegeben, daß man Cuno fallen ließ. Die Wahlen in den Industriegebieten sind Quittungen für Schiedsprüche, die die Sozialdemokraten gefällig haben.

Mit der Begründung, er habe nicht mehr zu vergangenen Dingen zu sprechen, entzieht hier Wels Fleischer das Wort. Adams-Hamburg spricht über Bodenfrage, Erziehung und Kultur.

Kritik-München: Der große Zulauf zu den Kommunisten in Bayern kommt von dem Versagen des Reichsregierung gegenüber der bairischen Reaktion. Die Arbeiter haben es nicht verstanden, daß man gegen links mit Waffen vorgeht, während man nach rechts alles duldet. Sachsen und Thüringen bezeugen das Versagen unserer Politik, für die immer außenpolitische Gründe angegeben werden. Aber war das völlige Versagen gegenüber der Reaktion nicht von verhängnisvollster Bedeutung für die außenpolitische Konstellation. Wir dürfen nicht jede Kritik in unseren Reihen verurteilen.

Saube-Weipzig: Das Sachverständigenkommissionärs ist sozusagen die Formulierung der Friedenspräliminarien nach der außenpolitischen Niederlage der deutschen Bourgeoisie im Weltkrieg, aber der innerpolitischen Niederlage der Arbeiterklasse. Wir müssen eine Politik treiben, die nicht Tausende in die Reihen der Kommunisten treibt. Die Entwicklung ging über uns hinweg, weil wir nicht instande waren, richtige marxistische Politik zu treiben.

Löbe fordert parlamentarische Druckmittel, um Deutschland zu zwingen, in den Völkerverbund einzutreten und stellt einen dementsprechenden Antrag.

Diskussion ist für Annahme des Sachverständigenkommissionärs. Wir müssen es durchzuführen helfen. Aber wir werden für unsere Produkte nicht genügend Absatzmöglichkeiten finden. Schwere Arbeitslosigkeit, schwere Krisen und Elend stehen bevor. Um die Frage, wer die Lasten trägt, werden sich schwere Kämpfe entwickeln. Es war falsch, ohne jede Verbindung die Regierung Marx zu unterstützen. Denn die Durchführung des Abkommens werden die bürgerlichen Mittelparteien nicht mit uns, sondern mit den Nationalisten zusammen in die Wege leiten. Treibt also eine dementsprechende Politik, um die Partei zu stärken. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß wir es nicht zu tun haben mit Ruth Fischer und anderen einzelnen Personen, sondern mit 4 Millionen Proletariern. Die müssen für die SPD gewonnen werden. Es lebe die revolutionäre, volkserfreundliche Sozialdemokratie!

In der weiteren Debatte beteiligten sich Zils-Breslau, Braun-Berlin und Breitfeld, der sich besonders gegen Levi wendet, und für das Sachverständigenkommissionärs eintritt.

Damit ist die Hauptdebatte beendet und der Arbeiterführer Wels schließt den Parteitag.

In den Vorstand wurden Müller-Franken, Wels und Crippen gewählt.

Auf die Lehren des Parteitages der bankrotten Betrüger für die deutsche Arbeiterschaft kommen wir noch zurück.

## Der neue Anschlag der G.P.D.-Führer auf die I. A. S.

Auf dem Parteitag der SPD. ist ein neuer unerhörter Anschlag und Verrat gegen die I.A.S. geschehen worden. Der Abgeordnete Sellmann stellte den formellen Antrag, daß der Parteitag beschließen solle: Da die internationale Arbeiterhilfe eine Organisation der bolschewistisch-kommunistischen Politik ist, ist die Tätigkeit bei der I.A.S. mit der Mitgliedschaft in der SPD. unvereinbar. (So hieß es auch in den Spitzberichten des ADGB.) Dieser Antrag wurde noch am Sonnabend, den 14. Juni nach Abstimmung angenommen und Aus-schluß aus der Partei denjenigen angedroht, die sich durch alle Versammlungen der SPD. und Gewerkschaftsführer gegen die I.A.S. nicht haben irreführen lassen und Mitglied der I.A.S. gewesen sind. Je mehr die I.A.S. sich als eine Organisation, erweist, die die Arbeiter im schwersten wirtschaftlichen Kampfe unterstützt, was in den letzten Kämpfen der Bergarbeiter sich wieder imponiert ausgewirkt hat, um so mehr sehen die SPD. Benzen als Handlanger der deutschen Kapitalisten sich genötigt, diese Wirksamkeit der I.A.S. und damit die Unterstützung breiter Massen kämpfender Arbeiter zu unterbinden.

Deshalb verbietet der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei seinen Mitgliedern die Mitarbeit bei der I.A.S., deshalb verbietet der ADGB. in Sachsen, in Thüringen den Anschluß von Gewerkschaftsgruppen — während zu gleicher Zeit in England und in Wien auf dem internationalen Arbeitertag die Führer der Gewerkschaft offen für die I.A.S. eintreten, das Verhalten der deutschen Gewerkschaftsgruppen vor aller Welt brandmarken. Die Uebersehung der Lügenpropaganda des ADGB. ins Englische wurde von dem führenden Mitglied der englischen Gewerkschaften Burcell verhindert, und dafür beschlossen, daß die Antwortpropaganda der I.A.S. „Die Säule der proletarischen Selbsthilfe, I.A.S.“ übersetzt werden soll.

Während die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskomitees Rosenfeld und Burm einen Konflikt im sächsischen Komitee als Vorwand benutzen, um ihren Austritt zu erklären, gaben die zwei anderen Mitglieder der SPD. denen die Interessen der Arbeiter ernst sind, folgende Erklärung ab: „Die grundsätzliche Entscheidung ist allein mit der Stellungnahme zu folgender Frage gegeben: Ist die I.A.S. eine Organisation, die den Proletariern in ihrem Kampfe ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit dient? Die Unterzeichneten bejahen diese Frage und halten sich daher zur weiteren Mitarbeit in der I.A.S. im Interesse des Proletariats für berechtigt und verpflichtet.“

ges. Meta Kraus-Fessel, Mitglied des Reichskomitees.

Eugen Rosemann, Vors. des Berliner Komitees.

Nicht nur alle Komitees, Korporationen und einzelne Mitglieder der I.A.S., sondern die gesamte deutsche Arbeiterschaft muß jetzt in einem klaren und offenen Stellung nehmen gegen den verräterischen Beschluß der Führer der deutschen Sozialdemokratie, der offen den lebenswichtigsten Interessen der kämpfenden Arbeiterschaft ins Gesicht schlägt.

## Massenkampagne für die Amnestie!

### Organisierung der Roten Hilfe!

### Das ist die Lösung!

# Betrieb und Werkstatt.

## Zustände bei den Notstandsarbeiten der Stadt Ratibor.

Bei den Notstandsarbeiten am Ombelsteich (Neubau der Badanstalt) herrschen ungeheure Verhältnisse. Der technische Teil dieses Bauers liegt in den Händen der Firma Maas, Breslau, deren Bauherr ein junger verantwortungsloser Mensch, ein besonderes Talent hat, die Vertrauensleute der Notstandsarbeiter mahrgenau zu fassen. Genosse Urbachil und Bennis halten in Verhandlungen mit dem Magistrat streitig, eine einmalige Notstandsbeihilfe von 20 Mark für Verheiratete und 10 Mark für ledige Arbeiter. Außerdem war erreicht worden, ein Stundenlohn von 30 Wsg. für ledige und 35 Wsg. für Verheiratete. Die Regenage wurden mit 75 Wsg. bezahlt. Einige Tage nach diesen Verhandlungen wurden beide Genossen entlassen. Die Belegschaft hatte es nicht verstanden, dagegen anzulampfen und nachdem noch 7 Arbeiter, darunter 4 Genossen, entlassen wurden, haben sie jetzt die Folgen ihrer Klauheit zu spüren bekommen. Der Magistrat bezahlt für die Regenage keine 75 Wsg. mehr. Die überwiegend beschäftigten Arbeiter bekommen keine Notstandsbeihilfe mehr. Außerdem wird eine größere Lohnreduzierung geplant. Notstandsarbeiter wacht endlich auf und kämpft gegen diese Ausbeutung des Magistrats an. Jetzt, daß ihr Männer sind, die für ein menschenwürdiges Los kämpfen können und müssen. Im übrigen wird der Magistrat jetzt bald damit beschäftigt, da unsere Stadtverordnetenfraktion die bezüglich bereits Anträge eingereicht hat.

Als eine letzte Reuechte am Sternenhimmel entpuppte sich bei den Notstandsarbeitern der Stadt Ratibor der Arbeiter Josef Koller. Derselbe spielte, obwohl auch Notstandsarbeiter, sich als Antreiber aus. Da er beim Kran beschäftigt, montierte er jeden einzelnen Wagen, den die einzelnen Kolonnen lieferten. Dann meldete er beim Bauherrn, welche Kolonnen im Rückstande sind. Auch verlor er es gut, einzelne Kolonnen zu denunzieren. Es ist dies alles um so trauriger zu verurteilen, als ein paar Wochen vorher die Belegschaft sich dafür eingesetzt hatte, daß er nach einem einwöchigen Ausbleiben von der Baustelle wieder eingestellt wurde. Arbeiter Ratibors, merkt Euch solche Elemente!

Als guter Kapitalist fungiert bei der Firma Gans u. Danowitz der „Spezialingenieur Studo“. Derselbe hat die Hofkolonne von acht Mann unter sich und versteht es ausgezeichnet, die Leute anzutreiben. Manchmal bekommt er Anfälle von Arbeitswut und macht 5 Minuten dauerndes Affordschippen. Stolz wie ein Berliner erklärt er dann: „So müßt Ihr arbeiten!“

Arbeiter fragt ihn, wie hoch sich sein Gehalt belaufe. Und wieviel bekommt Ihr?

## Ordnung herrscht im Gaswert Hindenburg.

Am Donnerstag, den 12. Juni, entstand ein Streit zwischen vier Arbeitern dadurch, daß ein häßlich veranlagter Arbeiter (Pietrasch) sieben Minuten vor 2 Uhr zu arbeiten anfangt. Von dem Kollegen B. darauf aufmerksam gemacht, daß es noch nicht 2 Uhr wäre, und wie die Zeit nicht bezahlt bekommen, fing B. an zu toben und sagte, nur die Kommunisten gehen gegen die paar Minuten und Stunden Komplote. Als Kommunist habe mir das angehört und deshalb auf seine Anschuldigungen aufmerksam gemacht. Da er aber nicht aufhörte, bot ich B. eine Maßnahme an, die ihn zur Vernunft bringen würde. Nun hörte er sofort auf und begab sich zum Meister und Betriebsrat Murlowski. M. hörte sich die Sache von Pietrasch an, daß er Dr. Schulz, und ohne die Gegenpartei zu hören, fällte Dr. Sch. mit M. das Urteil gegen Kucharski (K.P.), der Kommunist muß fliegen. Nächsten Tag große Protokollierung des gesamten Betriebsrates (3 SPD., 1 Christlicher, 1 K.P.). Pietrasch behält recht, denn die paar Minuten vor 2 Uhr spielen keine Rolle und dafür, daß ich ihm eine Maßnahme angeboten habe, muß ich daran glauben. Dafür gibt B. wieder ein Festgelage aus, da er doch Konditor ist und außer seiner Arbeit auf den Märkten genug verdient. Dieser ganze Sitzung war nur Komödie, da schon tags zuvor der Betriebsrat Murlowski mit Dr. Schulz das Urteil gefällt hatten. Ich muß also den Betrieb verlassen, und Pietrasch bleibt, denn er muß doch Dr. Sch. die Sorten weiter machen. Ich rufe dem Dr. Sch. zu, sowie er jetzt mit den Arbeitern herumspinnung, werden einst die Arbeiter mit ihm herumspinnen. Vom Betriebsrat verlange ich, daß die Sache weiter verfocht wird, da ich in vollen Rechten bin. Außerdem wurde im Monat Mai von der Belegschaft ein Antrag auf eine Wirtschaftsbeteiligung von 150 Mk. gestellt. Nach meiner Erfahrung trägt der Betriebsrat Murlowski den Antrag heute noch in der Tasche. Warum würde der Antrag nicht sofort weitergegeben. Kollegen, macht Schluß mit solchen Verrätern, jagt sie zum Teufel. Kollegen vom Gaswert, nehmt Stellung zu dem Fall Pietrasch, Kucharski und entscheidet selbst über dieselben, nicht Murlowski mit dem Reaktionsär Dr. Schulz.

## Breslau.

### Der Gedentag für Rosa Luxemburg und alle anderen Revolutionsopter.

Zur Gedächtnisfeier erhalten wir noch folgenden Bericht: Auf dem Heimweg vernahm ich von zwei vor mir gehenden Jugendlichen etwa folgendes: Ja, wenn unsere Partei (gemeint war die SPD.) etwas veranstaltet, dann ist doch viel mehr los. Wir haben einen großen Gelaug- und Zeremonien. Dann „wirkliche“ Kämpfer. Dröster, eventuell Fackelzug. Ich möchte nicht verkommen, darauf zu antworten. Daß das bei einer Partei, wie der SPD., die sich zwar nicht bei der Arbeiterschaft, wohl aber bei den bürgerlichen „Freunden“ durch die „verdienstvollen“ Jahre (seit dem glorreichen November 1918) in „Führung und Haltung“ das Prädikat „unvergleichlich“ (dumm und verräterisch!) habe verdient erworben hat, als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt werden muß. Sie, die sich im rufmässigen Schatten Papa Eberls des Segens dieser Republik erfreut, sie, die niemals aus Gründen „des Hochverrats“ aufgelöst und verboten zu werden brauchte, sondern lieber als Prügeln in der Gasse still sich duckt, sie, deren „Führer“ weder zu Hunderten noch von einem menschenverachtenden Terror erschlagen worden sind, noch zu Tausenden in den Justizgefängnissen schmachten müssen, sie, deren Arbeiterwähler den Achtundzwanzigsten Tag auf dem „Altar des Vaterlandes“ opfern und den Dames-Bertrag unterschreiben werden, um die internationale Solidarität zu sabotieren zugunsten der internationalen Kapitalisten-Verchwörung, und um aller Welt zu beweisen, was deutsche Proleten ertragen und wie sie kämpfen können, ehe sie ausgemergelt werden, sie, diese SPD., hat freilich allen Grund, immer wieder der deutschen Arbeiterschaft zu beweisen, daß sie konterrevolutionär ist, und weiß, was „Bildung“ heißt. Doch wer nach den heute herrschenden bürgerlichen Begriffen „Bildung“ hat, der kann auch zahlen! Und kann sich z. B. Kämpfer nennen. Und da die SPD. alle Kräfte für die Erhaltung dieser Ordnung anspannt, was die Ermordungen von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Juchacz und Tausenden deutschen Proleten — unaufrichtig!

Beweist, so hat sie sich mit dem Verdienst um „Ruhe und Ordnung“ auch das Vertrauen bürgerlicher „Wänner“ und „Künstler“ erworben.

Wie aber, die revolutionäre Partei Deutschlands, die wir gegen dieses lauernde System der Reichsregierung kämpfen — mit unserem Blut kämpfen — wir, die wir von logenreicher „Bildung“ so lange nichts wissen wollten, als die Massen der Wertigen ausgebeutet zu Tausenden hungertot wie die Tiere verrecken mußten, indessen Generale, Waffen, feste Industriehäuser, schleimern, prassen und lügen, wie freilich können das nicht bieten. Denn wir brauchen die „Künste“ anstatt Bildung, können nicht zahlen und fordern Kampf!

Deshalb sind alle Mitwirkenden unserer Partei Mitglieder der Partei, d. h. Kämpfer, wie Genosse Brandt einleitend betonte. Deshalb sind unsere Feiern nicht von einem bürgerlichen Bildungsbedürfnis getragen, sondern atmen den Geist revolutionärer Kampfanlagen. Deshalb ist die Stimmung unserer Feiern nicht eine kleinbürgerliche, gedrückte, sondern getragen von dem Bewußtsein einer Gemeinschaft aus Not und revolutionärem Tatwillen.

In unseren Feiern wird der einzelne zum Sprecher der Masse. Die Masse kämpft, die aus Gefängnissen, Straß und Wohnung vertrieben ist. Der Masse Hörer, die diesen Grube ihren Kampfgeist verleiht!

In solchem Sinne war die Feiern für die in den Kämpfen der Revolution gefallenen Brüder an Beteiligung und Ausübung ein voller, ein glänzender Beweis revolutionären Gedankens!

## Sozialdemokraten und Schule.

Die „Volkswacht“ sucht unsere Feststellung, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion am Dienstag eine 100prozentige Erhöhung des Schulgeldes für Auswärtige bewilligt hat, dadurch abzuschwächen, daß sie die Behauptung aufstellt, es handle sich bei jenen von auswärtig herkommenden Schülern um Kinder bemittelter Eltern, die für ihre Ortschaften nichts tun wollen. Jene Schüler — behauptet das Blatt — kämen auf Eisenbahnkarte oder mit Fuhrwerk nach Breslau.

Zunächst konstatieren wir, daß der am Dienstag mit Hilfe der SPD. angenommene Antrag auf zehnprozentige Erhöhung des Schulgeldes keine Ausnahme zwischen Kindern bemittelter und unbemittelter Eltern macht. Ferner wird uns von einer Reihe von Arbeitern aus Rohlitz bei Breslau mitgeteilt, daß die dortige Volksschule überfüllt ist und die Kinder gezwungen sind, nach Breslau zur Schule zu kommen. Wenn diese Eltern neben den Kosten für die Kleinbahn noch drei Mark Schulgeld pro Kind aufzubringen haben, so können sie sich hierfür bei der SPD. bedanken. Ein bisher der SPD. angehörender Arbeiter, der sich in Rohlitz angeliebt hat, gibt in einem Schreiben an uns seiner Entrüstung über die Erhöhung des Schulgeldes Ausdruck, da es ihm schon bisher schwer fiel, 150 Mk. Schulgeld pro Kind aufzubringen.

Wenn nun die „Volkswacht“ darauf hinweist, daß bedürftige Eltern von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden können, so ist darauf zu erwidern, daß die Arbeiter, die in Breslau keine Wohnung bekommen und nach den Vororten ziehen, es nicht möglich haben, sich Freischule zu erbitten.

Es handelt sich also nicht, wie die „Volkswacht“ ihren Lesern weis machen will, um einen „kommunistischen Irrtum“, sondern es steht fest, daß die SPD. wieder einmal die Arbeiterinteressen zugunsten des Stadtrats preisgegeben hat.

Die Tatsache, daß die schlimmsten Feinde der Arbeiterschaft, die Deutschnationalen und das Zentrum in diesem Falle für den Antrag auf Erhöhung des Schulgeldes stimmten, beweist im übrigen zur Genüge, daß er nicht dazu bestimmt war, die reichen Eltern aus den Vororten zu den Breslauer Schulstellen heranzuführen.

Im übrigen hat die SPD. die alten sozialistischen Forderungen: Unentgeltlichkeit der Schule, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel längst zum alten Eisen geworfen.

Der Stadtratsrat der SPD., Herr Darr, trat in seiner Stabsrede nicht für grundsätzliche Lehrmittelfreiheit an den Volksschulen ein, sondern wünschte nur Erhöhung des Fonds für Freie Lehrmittel. — Also Almosen statt Rechte.

## Aus der Provinz.

### Sturm im schweidnitzer Stadtparlament.

Am 14. Juni fand die mit großer Spannung in Stadt und Land erwartete erste ordentliche Stadtverordnetenversammlung statt, wobei es zu außerordentlich heftigen und scharfen Zwischenfällen kam. Nach Eröffnung der Sitzung fand zuerst die Einführung und Verlesung zweier Bürgerbriefe statt. Weiter wurde bekanntgegeben, daß in der nächsten Sitzung noch Genosse Schwientek von der kommunistischen Fraktion eingeführt werden soll. Verschiedene Mittelungen wurden bekanntgegeben, u. a. ein Antrag der Gastwirte auf Erlass der Hebergelände. Das Stadtoberhaupt erklärte, das könne unmöglich geschehen, insofern der schreckliche Finanznot unserer Stadt. Weiter wurde nun zu einer ganzen Reihe von Wahlen für die einzelnen Ausschüsse geschritten, worin auch im allgemeinen unsere Genossen vertreten sind. Hierbei kam es zu den ersten Zwischenfällen. Die Rechte wollte absolut verhindern, daß Genosse Schuber mit in den Ausschuss für die Kleinrentner-Fürsorge komme. Besonders tat sich hierbei der deutschnationale Staatsanwalt Schäfer hervor. Es kommt zu heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen Rechts und Links. Schließlich mußte man Genossen Schuber mit im Ausschuss lassen und noch einen Bürgerlichen dazu wählen. Fast genau dasselbe zeigte sich bei der Wahl zum Ausschuss der höheren Schulen. Hier wollte man von vornherein die linken Parteien ausschalten. Nach längerer Debatte wurde die Angelegenheit nochmals dem Wahlausschuss überwiesen.

Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten wurden nun verschiedene Anträge gegen die Stimmen unserer Fraktion angenommen, besonders heftige Debatten gab es hier bei Bewilligung zur Erhöhung der Wertzuschläge bei Grundstücksverkäufen. Unsere Fraktion verlangte eine Staffelung zugunsten der Kleinen Siedler und Hausbesitzer unter 3000 Mark Wert. Diesem wurde widersprochen und sogar die SPD. ging mit den Bürgerlichen. Erkannt wurde der Termin zur Wahl der unbedeutenden Stadträte festgelegt. Man wollte nun die Versammlung schließen, jedoch kam es jetzt zu einer erregten Geschäftsordnungsdebatte zwischen Rechts und Links. Bemerkenswert war hier die Haltung der Deutschnationalen, die heute auf einmal ihr Herz für die Arbeiterschaft erweichten. Zu bemerken ist noch, daß unsere Fraktion vorläufigmäßig drei Tage vorher eine ganze Reihe von Dringlichkeitsanträgen eingebracht hatte, und zwar:

1. Erlass der Bewilligung für Minderbemittelte, welche keine 5 Quadratmeter im Monat verbrauchen.
  2. Bewilligung von Räumen kostenlos von Seiten der Stadt für Waisenerkinder bei wirtschaftlichen Kämpfen.
  3. Die Bekämpfung der Notstandsarbeiten mit Tariflohn.
- Der letzte Antrag wurde zurückgezogen, da derselbe die Bezahlung mit Tariflohn erfordert, jedoch ist hier zu bemerken, daß hier die Stadt Schweidnitz folgenden Grundlag vertritt: Tariflohn bekommt nur derjenige, der im Besitz der vollen Arbeitkraft ist. Jetzt kommt es zum ersten Summi. Bürgermeister Peifer erklärt, daß auf keinen Fall sämtliche Notstandsarbeiter Tariflohn erhalten und fährt sich hierbei auf die Regierungserordnungen. Unsere Fraktion tritt ihm in schärfster Weise entgegen. Auch von Seiten der SPD. wurde sich die Rechte allerdings gefallen lassen. Die Debatte betraf sich durch folgende Beschlüsse:

Wieder droht man mit der Räumung, jedoch die Arbeiterschaft ließ sich nicht abhalten, ihren Willen als Führer kundzugeben. Bei Punkt 1 wollte man auf einmal unserer Fraktion das Recht abbrechen, überhaupt Dringlichkeitsanträge zu stellen, weil dies die Geschäftsordnung nicht zulasse. Die Rechte forderte auf Grund ihrer Mehrheit eine Revision der Geschäftsordnung (mehrschrittlich, um unsere Fraktion hinauszuschieben). Auf unseren Einspruch stellte sich heraus, daß nur die Herren Deutschnationalen merkwürdigerweise schon im Besitz der Geschäftsordnung sind. Und erklärte man, es wären keine Genossen mehr vorhanden. Nach stürmischer Debatte, wobei es zu heftigen persönlichen Angriffen zwischen dem Staatsanwalt Schäfer und Genossen Schuber kommt, wird die ganze Angelegenheit dem Wahlausschuss überwiesen. Auch hier verurteilte die Rechte, uns zu obstrukieren, indem sie erklärte, die Revision könne ruhig dem Vorstand überlassen werden. Auf unserem Widerspruch blieb es schließlich bei ersterem. Von unserer Fraktion wird nun erklärt, daß die heutige Arbeiterschaft schärfsten Protest erhebe gegen die Verletzung des sozialdemokratischen Mandats von Halle nach Schweidnitz. Auf Grund dieser Arbeiterentscheidung bringt man nun nach Schweidnitz. Wenn diesem nicht abgeholfen würde, würden die Kommunisten die gesamte Arbeiterschaft mobil machen. Die Herren Deutschnationalen wollten erst die Köpfe, beginnen zu trübsüchtigen und unterliegen sich über alles andere, nur nicht über diese Angelegenheit. Zwei Anträge traf die fortwährende Propaganda der hiesigen Arbeiterschaft durch die Stahlhelmbanden und deren Führung durch die hiesige Militärbehörde. Zahlreiche öffentliche Konzerte am Ringe abhalte, mit dem Programm: „Wir fordern hier“ und „Wir wollen die Tribune lebhaften Beifall spenden, verlassen die Herren der Rechte und ein Teil des Zentrums den Sozialen. Zuletzt blieben nur noch unsere Fraktionsmitglieder. Die Genosse Seppel führt Beschwerde über die rigorose Deutung des hiesigen Stadtplatzes durch die bürgerlichen Sozialdemokraten nachmittags und die damit verbundene Absperzung öffentlicher Anlagen. Hier mußte Veränderung geschaffen werden.

Auf alle diese Anträge blieb uns Stadtoberhaupt und Magistrat die Antwort schuldig, Erklärungenwert nur, daß Stadtrat Kriminalbeamte wieder im Zubehörraum waren und dort unsere Genossen „amlich“ beschäftigten. Das ist eine Herausforderung der Arbeiterschaft.

Nachher von Schweidnitz, die ihr den Kommunisten die Stimme gab, unsere Vertreter im Stadtparlament werden hatten, was sie vertragen. Ihre Aufgabe, Genossen und Genossinnen, ist es jetzt, mit bestmöglicher Kraft für die kommunistische Partei zu arbeiten und dafür zu sorgen, daß der Arbeiterschaft die Augen geöffnet werden.

## Streiflichter aus Ratibor.

Da innerhalb unserer Stadt sich der Mangel an Kinderspielflächen sehr bemerkbar macht, beantragt sich die Kinderschutz der inneren Stadt teilweise auf dem Schulplatz der Zwingerschule. Ein achtjähriger Knabe vergnügte sich auf diesem Platze, als der Rektor Wernke wie ein Besessener heraufstürzte, den Knaben am Hals nahm und unter Jerren am Ohr ins Klassenzimmer schleppte. Dortselbst verbarberte er dem Kinde in ganz brutaler Weise eine Nacht Präg und warf ihn dann aus dem Klassenzimmer. Der Knabe lag hierauf infolge der Schläge und ausgebluteten Wunden 4 Tage schwerkrank danieder. Es ist fürwahr beschämend für den Lehrstand, solche Gräueltaten in ihren Reihen zu haben, da sonst alle übrigen Klassenlehrer ihre Erziehungsaufgaben menschlicher und gerechter auffassen und mit solchen barbarischen Erziehungsmethoden nichts zu tun haben.

Bei der Auseinandersetzung mit dem Vater erklärte dieser Rektor, er habe das Recht, die Kinder auch außerhalb des Unterrichts zu züchtigen, benahm sich überhaupt in solch beschämender Weise, daß es der Vater vorzog, seine Auseinandersetzung mit ihm abzubrechen.

Proletariatskern von Ratibor! In den nächsten Tagen werden bei euch Personen vorkommen, welche Sammlung von Unterschriften zur Errichtung der weltlichen Schule.

Während in fast sämtlichen Städten Deutschlands schon weltliche Schulen sich befinden, ist es immer noch in Ratibor, wo die Kinder mit unadäquater religiöser Kram behaftet werden, während ihre Erziehung auf anderem Gebiete darunter leidet. Durch diese weltliche Schule wird es auch möglich sein, geeignete Lehrkräfte für eure Kinder heranzuziehen, wo sich dann vorläufig, wie oben geschildert, nicht ereignen werden.

Proletariatskern, Religionsunterricht bedeutet Knechtung des Geistes! Drum weg mit allen Schreuten, laßt eure Kinder denkende Menschen werden!

Bei der Fortbildungsschule bestehen rigorose Zustände. Der Unterricht fängt 6 Uhr abends an und wird Punkt 6 Uhr die Schule geschlossen. Mäander Dehling, der einige Minuten zu spät ankam, muß wieder umkehren und werden seine Eltern oder der Lehrmeister dann mit Geldstrafen bedacht. Eltern und Handwerker schaffen Klagen!

Dittersbach. Zum Eingekandt vom 13. Juni in Nr. 137 des Waldenburger Tageblattes. Der Feind, ein Herr Beerbaum, seines Zeichens Hausverwalter und Geschäftsführer a. D. der Ortsgruppe des christlichen Gewerksvereins, Ortsverwalter Waldenburg, bezweifelt, daß die Notiz in der „Christlichen Arbeiter-Zeitung“ von einem Arbeiter herühre. Nun, Herr B., wenn es ein Schmalenbacher Anhänger gewesen wäre, dann würde seine Notiz gewiß nicht in der „Christlichen Arbeiter-Zeitung“, sondern in der Tagespresse der Waldenburger Bergwerksgelegenheit, nämlich dem Tagesblattchen. Aber Herr Beerbaum, wenn Sie behaupten, daß in der Wohnung der Frau Bartisch das Büro der Union aufgeschlagen wurde, dann belügen Sie sich selbst oder Sie haben nur lügenhafte Berater zur Seite. Wäre dies der Fall, dann hätte Frau Bartisch nur das gleiche getan, wie Sie, Herr Hausverwalter. Wenn zwei dasselbe tun, bleibt es immer das gleiche. Wenn daran gezweifelt wird, daß unsere Genossen den Prozess aus finanziellen Gründen zurückgehen habe, dann laden wir Ihnen, wenn Frau Bartisch ein rentables Nebeneinkommen hat wie Sie, dann hätte Frau Bartisch bestimmt nicht getan. Denn alle Monate 20 Mk. Nebeneinkommen, wovon keine Rate hinter dem Ofen etwas gewahrt wird, dann läßt es sich schon große Wogen schlagen auf Kosten der armen Mieter.

Aber die Anhänger der christlichen Lehre! Sie haben doch nicht nur der Frau B. den Gefallen getan, die Wohnung zu fänden, sondern sie haben sich doch auch noch die Mühe gegeben, einer Witfrau von sechs unversorgten Kindern die Wohnung zu entziehen. Ober wollen Sie auch sagen, daß diese Frau noch ein Büro der Union unterhalten hat. Ja, ja, man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glasfaule sitzt! Aber Herr Beerbaum, wir wissen noch nicht, was Sie neuerdings wieder vorhaben, wir wollen's aber nicht bewenden lassen und ein andermal mehr.

Einem Kommunisten in seinem Lauf fällt weder Ochs noch Esel auf.

Bezirksleitung der Union der Hand- und Kopfarbeiter. Am Sonntag, den 15. Juni, trat die neu gewählte Ortsleitung zusammen. Bei Eröffnung der Sitzung war es fast allen Gemeindegliedern etwas ganz Neues, als Hotel-Besitzer

